

**„PRAGER THESEN“, VEREINBART VOM BUNDESMINISTER DES
AUSWÄRTIGEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, HANS-
DIETRICH GENSCHER, UND DEM AUßENMINISTER DER ČSFR, JIŘÍ
DIENSTBIER
(PRAG, 11. APRIL 1991)**

1. Es entspricht der Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für die Zukunft Europas, daß sie den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zur Mitgliedschaft offensteht.
2. Die Sicherheit und Stabilität der Staaten Westeuropas ist eng verbunden mit dem Erfolg der demokratischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Staaten in Mittel- und Osteuropa.
3. Für das ganze Europa ist es wichtig, den KSZE-Prozeß auf der Grundlage der Charta von Paris für ein neues Europa auszubauen und mit neuen Institutionen zu versehen.
4. Es ist unser gemeinsames Ziel, Stabilität in Europa im umfassenden Sinne zu gewährleisten, das heißt auch ökonomisch, ökologisch und sicherheitspolitisch.
5. Für die Stabilität in Europa sind die Europäische Gemeinschaft und der Europarat von großer Bedeutung. NATO und WEU werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.
6. Für die Sicherheit Europas wird auch in der Zukunft die transatlantische Dimension, das heißt die enge Zusammenarbeit mit den USA und Kanada, unerlässlich sein.
7. Die europäische Friedensordnung, die wir anstreben, bezieht die Sowjetunion ein, die auch in der Zukunft für die Entwicklung auf unserem Kontinent eine wichtige Rolle zu erfüllen hat. Die Grenze, die Europa geteilt hat, darf nicht an die sowjetische Westgrenze verlegt werden.
8. Die Staaten Mittel- und Osteuropas sollen im Rahmen gesamteuropäischer Institutionen und aufgrund bilateraler Vereinbarungen ihre Stabilität und ihren Platz in Europa finden.
9. Das tschechoslowakische Memorandum über die Sicherheit in Europa stellt einen bedeutsamen Beitrag zur Fortführung einer solchen Entwicklung in Europa dar. 10. Beide Außenminister stimmen überein, daß das KSZE-Außenministertreffen in Berlin am 19./20. Juni 1991 für die Schaffung der neuen europäischen Sicherheitsstruktur von entscheidender Bedeutung ist. Sie sind übereingekommen, für dieses Treffen gemeinsame Vorschläge zu entwickeln.

[Quelle: Der Bundesminister des Auswärtigen, Mitteilung für die Presse, 12. 4. 1991.]